

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Der Vorhang darf nicht fallen!

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1950) : Der Vorhang darf nicht fallen!, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 9, pp. 9

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/131175>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

zukünftige Auswärtige Amt müßte in stärkerem Maße als bisher für die Einheitlichkeit in der Linie unserer Außenhandelspolitik Sorge tragen und dazu vom Bundeskabinett ermächtigt werden.

3. Die handels- und zollpolitische Bewegungsfreiheit der Bundesregierung ist durch die Besatzungsmächte in einem Maße gefesselt, das die Bundesregierung als Partner handelspolitischer Gespräche entwertet. Wenn wir auf der Grundlage des Besatzungsstatuts mit seinen Ausführungsbestimmungen in Verhandlungen mit der Oberkommission über die Zolltarifnovelle gezwungen worden sind,

unsere für die Konferenz von Torquay bestimmten Karten vorzeitig auf den Tisch zu legen und die Gründe für die Bemessung der Zollsätze ebenso wie die in Torquay möglichen Konzessionen zu enthüllen, wenn die Oberkommission befugt ist, ihre Vertreter auch in die internen Besprechungen der deutschen Delegationen zu entsenden, dann erübrigt sich ein weiterer Beweis, daß unter derartigen Bedingungen keine Regierung in der Lage ist, eine für ihr Land gedeihliche Handels- und Zollpolitik zu betreiben. Die Wiederherstellung der handelspolitischen Autonomie ist in Verbindung

mit der Revision des Besatzungsstatuts das Gebot der Stunde, ohne dessen Erfüllung noch so sorgfältige handelspolitische Vorbereitungen ihren Zweck verfehlen.

4. Die Fachreferate des Bundeswirtschaftsministeriums sitzen in Bonn, die Länderreferate in Frankfurt. Ihr Zusammenwirken ist bei der Vorbereitung von Handelsvertragsverhandlungen unentbehrlich, ihre räumliche Trennung hemmt die handelspolitische Schlagkraft. Die Vereinigung ist ein dringendes Erfordernis, das auch die baldige Aufwendung der dazu nötigen finanziellen Mittel rechtfertigen würde. (HP.)

Argumente für und gegen die deutsche Gewerkschaftspolitik

Ein offenes Gespräch über heikle Fragen auf neutraler Basis

„Die Aktivität der Verbraucher ist zu schüren“

Da man Subventionen mit Liberalismus für unvereinbar hält, mußten die Gewerkschaften neuerdings von ihrer Politik, die Lebenshaltung des Arbeiters stabil zu halten, d. h. von den Forderungen, mittels Subventionen die Preise notwendiger Lebensmittel niedrig zu stellen, abgehen. Sie sind infolgedessen zu einer Politik höherer Löhne übergegangen und haben, soweit es bei der unterschiedlichen Vertragsdauer möglich ist, die Tarife gekündigt. Das hat ja bekanntlich zwei Seiten: es bedeutet für den Arbeiter eine Abwehr gegen die Senkung seiner Lebenshaltung; es bringt für die Wirtschaft als ganzes jedoch die Gefahr einer Spirale mit sich, weil der Lohnerhöhung ja eine weitere Erhöhung der Preise folgt. Solange es sich nicht um ein Steigen des gesamten Preisniveaus als Folge einer Veränderung des Geldvolumens, sondern um das Steigen einzelner Preise handelt, bleibt neben den genannten zwei Wegen jedoch noch ein dritter Weg, den die Gewerkschaften merkwürdigerweise bisher noch nicht gesehen haben, und dessen Einschlagen auch bei einem Steigen des allgemeinen Preisniveaus mildernd wirken kann, weil ja nicht alle Preise hier sofort und gleichmäßig steigen.

Man ist seit einiger Zeit dabei, die Wirtschaftsordnung des freien Wettbewerbs in ihren Grundprinzipien wieder zu durchdenken. Die Anhänger des Ordokreises z. B. schreiben die Schäden des heutigen Wirtschaftslebens zum großen Teil dem nicht richtigen Erfassen und daher nicht richtigen Durchsetzen der Grundprinzipien dieser Wirtschaftsordnung in der Wirklichkeit zu. Sie weisen auf die Unvereinbarkeit der Kartellierungen, der Hemmungen des internationalen Warenaustausches etc. mit ihnen hin. Eines hat dieser Ordokreis jedoch nicht gesehen — und zwar deshalb nicht, weil die gesamte Volkswirtschaftslehre ein Torso ist, deren Vertreter nur die Produktion und nicht die Konsumtion im Blickpunkt haben — nämlich daß diese Wirtschaftsordnung, wenn sie funktionieren soll, einen aktiven Verbraucher benötigt, der entscheidet, wählt und herrscht! Er soll ja im Wirtschaftsbild freier Konkurrenz immer da kaufen, wo es am besten und am billigsten ist, und somit der gesamten Wirtschaft die Richtung geben, indem sein Kauf einen Ausleseprozeß in der Produktion dirigiert.

Dieser aktive Verbraucher existiert in der Wirklichkeit jedoch nicht. Er ist ebensowenig — außer

in beschränkten Grenzen — eine empirische Tatsache, wie etwa die Arbeitskraft als Ware es ist, deren Angebot sich ja nicht wie das Angebot anderer Waren nach dem Preis reguliert. Der Konsument ist völlig passiv, weil er unter der Herrschaft ehrwürdiger Lebenshaltungsvorstellungen von Gruppen steht, in die er sich sozial eingliedert. Diese Lebenshaltungsvorstellungen mit ihren Normen und ihrem Zwang schreiben dem Einzelnen den Verbrauch vor und lassen ihm zur freien Entschließung nur einen geringen Spielraum. In seiner Passivität nimmt er Preiserhöhungen und Qualitätsverschlechterungen hin, weil er ihnen hilflos gegenübersteht. Er weicht Preiserhöhungen nur selten durch Käuferstreiks aus. Ein Käuferstreik bedeutet aber nicht nur „Entsagen“, sondern auch etwas „anderes wählen“, das dem teurer gewordenen ungefähr gleichkommt. Wäre der Konsument aktiver, so würde er Preiserhöhungen und Warenverschlechterungen eher ausweichen können, dadurch seine Lebenshaltung selbst stabilisieren und — wenn es sich um größere Konsumentengruppen handelt — auch einen Druck auf den erhöhten Preis ausüben.

Zu einer solchen Aktivität kann der Verbraucher jedoch nicht allein

hinfinden. Es fehlen ihm die Kenntnisse, es fehlt ihm die Zeit und Kraft dazu. Es müssen ihm dafür Richtlinien, d. h. Ratschläge, gegeben werden. Nur durch solche an alle Verbraucher appellierenden Richtlinien kann der aus den Lebenshaltungsvorstellungen erwachsende Zwang durchbrochen werden, aus dem ein Einzelner allein sich nicht befreien kann. Es wäre also ein dritter den Gewerkschaften zur Verfügung stehender Weg, Verbrauchsbeobachtungsstellen einzurichten, die den Arbeiterhaltungen die Ausweichmöglichkeiten bei Preissteigerungen zeigen und den Konsumenten zu größerer Aktivität erziehen, daß er wirklich eine Herrschaft in der Wirtschaft auszuüben versucht, daß er in Bezug auf Warenqualität somit

auch den Produzenten „fordernd“ gegenübertritt. Es würde aber in unserem Wirtschaftsgebiet mit 20 Millionen kaufkraftgeschwächten Personen die Tätigkeit der Gewerkschaften außerordentlich bereichern, wenn sie sich solche Verbrauchsbeobachtungsstellen angliedern würden. Wenn die Nachfragekurven auf diese Weise elastischer gestaltet werden, können wir Subventionen und Planungen vermeiden und zudem der Gefährlichkeit der Spirale „Preiserhöhung — Lohnerhöhung“ mehr ausweichen. Und schließlich könnte auf diese Weise auch der Machtstellung der Produzenten, die ja schließlich auf Kosten der Konsumenten geht, von der Verbraucherseite her, d. h. aus der Wirtschaft selbst heraus ein Gegengewicht gesetzt werden. (v.r.)

in der Lohn-Preisfrage der Nachkriegszeit zeigt die ihnen innewohnende Tendenz zur Mäßigung. Die von den Gewerkschaften vertretenen Menschen sind aber nicht nur Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern stellen damit zugleich das Gros der Konsumenten dar. Gewerkschaftspolitik muß daher den Arbeitnehmer immer als komplexen wirtschaftlichen Tatbestand ansehen und deshalb seine Forderungen vom Standpunkt der vielfach ineinander verschlungenen Wirtschaftsinteressen betrachten.

Daß mit der Integrierung der Gewerkschaften in die Wirtschaftspolitik die gewerkschaftlichen Kampfmittel immer mehr zu einer sorgsam erwogenen ultima ratio werden, haben gerade die vergangenen fünf Jahre gezeigt. Je realer die politisch entscheidenden Mächte der Staatsgesellschaft die sozialwirtschaftliche Kraft der Gewerkschaften — und der Unternehmer- bzw. Arbeitgeberverbände — einschätzen, um so seltener, dann allerdings auch um so wuchtiger wird der Einsatz von Arbeitskämpfen für politisch zu gestaltende Zielsetzungen wie das Mitbestimmungsrecht sein.

Mir scheint, daß diese reale Einschätzung der Bedeutung der Kollektivpartner im modernen Gesellschaftsleben heute bei den politisch entscheidenden Instanzen der Bundesrepublik noch in erschreckend geringem Ausmaße anzutreffen ist. (II-)

„Gewerkschaftspolitik zeigt Mäßigung“

Wer über Gewerkschaftspolitik urteilen will, muß m. B. vom Bedeutungswandel ausgehen, der wie in allen modernen Industrieländern auch in der Bundesrepublik Charakteristikum der Gewerkschaftsbewegung ist. Gewerkschaften sind schon lange nicht mehr allein Instrumente der Arbeiterschaft zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern sie stellen heute die verfassungsmäßig wie sozial- und wirtschaftspolitisch anerkannte Vertretung des Sozial- und Wirtschaftsfaktors Arbeitskraft dar.

Die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer in persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten im Betriebe und auf überbetrieblicher Ebene ist deshalb Ausdruck der Verantwortung, die der Arbeitskraft im Wirtschaftsprozeß zukommt. Der Haftung der unternehmerischen Funktion gegenüber dem im Betriebe arbeitenden Kapital entspricht die Haftung für die eigene Existenzsicherung, die jeder abhängig Arbeitende in der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung zu übernehmen hat. Daß die Gewerkschaften hierbei die Repräsentanz der Arbeitnehmerschaft beanspruchen, findet ein Gegenbeispiel in der seit langem bestehenden Repräsentanz des in den Betrieben arbeitenden Kapitals durch Banken, Konzerne, Holding-Gesellschaften.

So betrachtet, gewinnt der Brennpunkt der Debatte um das grundsätzlich anerkannte Recht auf Mitbestimmung — der Einfluß der Gewerkschaften in Betrieb, Aufsichtsrat und wirtschaftsdemokratischen Kammern — den Sinn einer Verantwortung der Gewerkschaften für die von ihnen vertretene Arbeitskraft. Jede Wirtschaftsmacht gibt nicht nur Rechte, sondern auch verpflichtende Verantwortung. Verantwortung für das Wirtschaftsgeschehen kann zu Hybris oder Mäßigung durch Einsicht führen. Die Haltung der Gewerkschaften

Interessenverband und Demokratie

Wohin treibt denn die jüngste Politik des DGB in der demokratischen Bundesrepublik Deutschland? Dr. Böckler war längere Zeit krank. Jeder Deutsche wünscht die schnelle Genesung des vorerst völlig unersetzbaren Mannes. Wer, wenn nicht er, kann eine Fehlentwicklung aufhalten, deren Ausgang — trotz des Debakels der westdeutschen Kommunisten bei allen Wahlen — niemand voraussagen kann?

Warum eigentlich muß der DGB zu all und jeder Frage Stellung nehmen? Setzt er nicht die große Errungenschaft der Einheitsgewerkschaft aufs Spiel? Dazu die werdende Sozialpartnerschaft, das Ver-

trauen in die wirtschaftliche Stabilität und in die demokratische Regierungsform?

Diese Fragen beschäftigen nicht bloß die wirtschaftlichen Gegenspieler der Gewerkschaften. Sie bewegen auch alte Weggenossen der Gewerkschaften tiefer, als ihr öffentliches Schweigen vermuten läßt.

Wir wollen bloß eine Frage herausgreifen, in der die gewerkschaftliche Haltung schwer verstanden wird: die der Mitbestimmung. Diese ist bis in die jüngste Zeit unter den Nächstbeteiligten beraten worden. Teilerfolge sind erzielt, wenn auch keine Totalverständigung, wie sie

etwas voreilig aus dem Bundesarbeitsministerium avisiert worden war. Viele der gewerkschaftlichen Forderungen sind erfüllbar, und die Abschließung des betrieblichen Kollektivs gegen die Verbandskollektiven kann — volkswirtschaftlich und politisch — gefährlicher werden als eine geordnete Einbeziehung der Gewerkschaften in die großbetriebliche Verantwortung. Darüber aber, daß 50 % Beteiligung an den Aufsichtsratsitzen gefährlicher Paritätskult ist, werden viele Arbeiterführer sich klar sein. Es entstünden entweder Potemkinsche Dörfer oder ein völlig untragbarer Substanzverlust an gewerkschaftlichen Führungsqualitäten für alle übrigen Aufgaben oder ein Regime

der Diplomkaufleute ohne Wesensverbundenheit mit der Arbeiterschaft.

Wenn die Sozialpartner sich nicht einigen und durchaus eine unausgereifte Lösung gefunden werden muß, ist die Entscheidung Sache des Bundestages. Ihn sollte man nicht unter den Druck von Streikdrohungen setzen, weder in der Wirtschaftspolitik noch bei der Mitbestimmung. Dies widerspräche nicht nur dem Wesen der Demokratie, das kein liberum veto von Verbänden kennt, sondern auch bester gewerkschaftlicher Tradition, und die heutigen Gewerkschaften wissen selbst am besten, daß sie mit der Demokratie stehen und fallen. (-y-)

noch im Besitz einer Handels- oder Produktionsstätte, in der Lagewaren, so hohe Einkünfte zu erzielen, daß sie ihre Kriegsschäden auf Kosten der Konsumentenmassen ausgleichen konnten, während alle Flüchtlinge, die nicht wieder in Handel und Produktion Fuß fassen konnten, und alle Lohn- und Gehaltsempfänger mit steigenden Preisen ihre Kaufkraft schwinden sahen. Es ist eine völlige Verkehrung der Tatsachen, wenn heute von den Nutznießern unserer Wirtschaftsordnung so getan wird, als sei die Kapitalbildung der letzten Jahre eine höchst persönliche Leistung der Unternehmerschaft. In Wirklichkeit beruht sie auf einem Opfer der Konsumenten. Selbstverständlich ist jede Kapitalbildung, soweit sie auf Sparen beruht, an einen Konsumverzicht geknüpft. Aber es hat nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, wenn die einen im Kapitalbildungsprozeß die Opfer bringen und die anderen ihren Besitz abrunden.

„Mit gleicher Münze heimgezahlt . . .“

Auch derjenige, der die gegenwärtige Streikbewegung strikt ablehnt, kann unmöglich behaupten, daß eine solche Handlungsweise unsinniger oder undisziplinierter ist als das, was die Unternehmerschaft in den letzten Jahren getan hat. Nach der Währungsreform haben Handel und Produktion keine Hemmungen gezeigt, die Marktsituation auszunutzen, um durch Preissteigerung die Einkommensverteilung zu ihren Gunsten zu revidieren. Das Gleiche tut die Arbeiterschaft heute, wenn sie in einigen Wirtschaftszweigen versucht, ihren Lohn durch Streikdrohung zu erhöhen. Wer das eine gutheißt, kann das andere nicht verurteilen. Dies sind eben die Begleiterscheinungen einer freien Marktwirtschaft. Deshalb kann die Unternehmerschaft mit gutem Gewissen nichts gegen das Verhalten der Streikenden einwenden. Ihnen wird mit der gleichen Münze zurückgezahlt. Daß das Gemeinwohl dabei zum Teufel geht, ist eine andere Sache.

Nach dem Zusammenbruch schien es zunächst so, als sei der Gegen-

satz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden durch die Kriegsfolgen wenn nicht verschwunden, so doch wesentlich gemildert. Inzwischen ist es aber wieder zu so erheblichen Einkommens- und Vermögensumschichtungen gekommen, daß der alte Gegensatz sich wieder in voller Schärfe herausgebildet hat. Man kann die Kapitalbildung der letzten Jahre vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nur begrüßen. Doch hat die Form, in der sie erfolgte, eine sozial höchst bedenkliche Kehrseite, die von einem Lastenausgleich nach dem Vermögensstande am Stichtage der Währungsreform überhaupt nicht berührt wird. Diese Kapitalbildung war nur denjenigen möglich, die,

Dies muß deutlich gesehen werden, wenn man verstehen will, weshalb ein Streik der Arbeiterschaft in der augenblicklichen konjunkturell günstigen Situation nichts anderes ist, als was die Unternehmer in den letzten Jahren getan haben. Nur wer die anarchische Form unserer Marktwirtschaft, diesen dauernden Kampf von Gruppeninteressen, ablehnt, hat das Recht, einen Streik zu kritisieren, der nur das bezweckt, was alle Beteiligten einer Marktwirtschaft wollen, nämlich ihr Einkommen erhöhen. (o)

„Die Gewerkschaften arbeiten gegen sich selbst“

Die augenblickliche Marktsituation ist durch ein fühlbares Anziehen der Verbraucherpreise charakterisiert. Noch charakteristischer aber als die bereits erfolgten Preissteigerungen ist die Bereitwilligkeit bei Käufer und Verkäufer, sich dem steigenden Trend anzupassen. Es

ist verständlich, daß die Politik der Gewerkschaften darauf abzielt, den Lebensstandard der von ihnen vertretenen Arbeitnehmer unter allen Umständen zu halten.

Räumen wir ein, daß es dem Arbeitnehmer ebenso gestattet sein muß, eine ihm günstige Konjunktur



VEREINSBANK IN HAMBURG

AKKREDITIERTE AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 13 31
TELEGR.-ADR.: VEREINSBANK, FERNSCHREIBER: 02 1203 UND 02 1461

zu seinem Besten auszunutzen, wie das der Unternehmer und Kaufmann im System der freien Marktwirtschaft für sich beanspruchen, so muß es andererseits dem wirtschaftlich erfahrenen Gewerkschaftsführer klar sein, daß die Forderungen nach Lohnerhöhungen einer steigenden Preisbewegung einen so starken Auftrieb gibt, daß die steigende Lohnkurve immer stärker im Verzug bleiben muß. D. h. mit anderen Worten, daß das Realeinkommen des Arbeitnehmers bei einer steigenden Preis-Lohn-Bewegung stets sinken wird. Gerade weil die Arbeitnehmerschaft einen Großteil der Konsumenten darstellt, muß sie darauf bedacht sein, alles zu vermeiden, was eine steigende Preisbewegung beschleunigen könnte, und ihr ganzes Gewicht dafür einsetzen, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen die Preissteigerung rückgängig zu machen. Das ist auch noch aus einem anderen Grund nötig: Wenn die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft auch einen Großteil der Konsumenten darstellt, so umfaßt sie doch bei weitem nicht die ganze Konsumentenschaft. Gelänge es den Gewerkschaften also, durch Lohnerhöhungsforderungen das Realeinkommen des von ihnen vertretenen Volksteils wenigstens annähernd zu halten, so würde dadurch nur die ganze Last der durch die steigende Preis-Lohn-Bewegung erzwungenen Konsumeinschränkung auf die Schultern all derer abgewälzt, die außerhalb des Wirtschaftsprozesses stehen. Das ist aber keine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik.

Die Lohnerhöhungsforderungen durch Streiks in einzelnen Wirtschaftszweigen zu erzwingen, ist ein sehr zweischneidiges Schwert: Unser sehr labiles Wirtschaftsgefüge verträgt keinen Streik. Ein jeder Arbeitsausfall gefährdet den wirtschaftlichen Wiederaufbau, schwächt unsere Konkurrenzfähigkeit und erschüttert den sozialen Frieden. Die Zerrüttung des sozialen Friedens mit der untrennbar damit verbundenen Radikalisierung großer Volksschichten kann aber in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation nicht im Sinne der Gewerkschaften liegen. Ich halte deshalb die von den Gewerkschaften gegenwärtig verfolgte Politik

im doppelten Sinne gegen sich selbst gerichtet. Zweifellos ist sie bequemer, weil sie demagogisch ist. Aber haben die Gewerkschaften heute noch nötig, demagogisch zu sein? Sind sie heute nicht schon lange über die Aufgabe der Interessenvertretung des „einen Sozialpartners“ hinausgewachsen? Haben sie nicht ein Gewicht erlangt, mit dem sie einen viel stärkeren Druck auf die Wirtschaftspolitik ausüben könnten, als es durch ver-

einzelte Lohnstreiks möglich ist? Dazu wäre es aber wohl notwendig, daß sie ihre wirtschaftspolitischen Grundsätze einer sehr ernsten Prüfung unterziehen. Die aus einer Theorie des Klassenkampfes entwickelten Leitsätze dürften in der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung kaum noch Gültigkeit haben und für die erweiterte Aufgabenstellung schon gar nicht ausreichen. Wer soll das aber tun? Gibt es nicht Köpfe mit neuen Ideen? (h)

Westkonjunktur und Westberliner Notstand

Zwei Berliner Briefe

Zur Zeit scheint vielerorts die Neigung zu bestehen, die Auftriebskräfte — insbesondere soweit sie den Außenhandel betreffen — zu überschätzen und daraus vor allem für die Währungs- und Kreditpolitik Folgen abzuleiten, die in Anbetracht der unsicheren internationalen Lage wenig berechtigt erscheinen. Es scheint doch sehr voreilig zu sein, heute betreffs der vorbereiteten und zum Teil bereits eingeleiteten neuen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zu verkünden, diese seien in Anbetracht der veränderten Verhältnisse „überflüssig und gefährlich“.

Neben der dauernden Beunruhigung der Wirtschaftsbeziehungen Westberlins zu Westdeutschland durch die östlichen Machenschaften trug die gedämpfte Wirtschaftstätigkeit bis Mitte dieses Jahres Schuld daran, daß der für Westberlin so dringend notwendige und so sehr erhoffte Auftragsstrom aus dem Westen nur recht spärlich floß. Deshalb ist der Stadtstaat trotz Blockadeaufhebung bis heute Notstandsgebiet geblieben. Es ist fraglich, ob sich daran in absehbarer Zeit etwas ändern kann, denn die verstärkten östlichen Maßnahmen zur „kalten und schleichen Blockade“ können das Mitgehen Westberlins mit der Westkonjunktur sehr hemmen. So steht zu befürchten, daß Westberlin in erster Linie die negative Seite der Westkonjunktur spüren wird, nämlich die Preisauftriebe. Dadurch werden die Aufbau- und Wirtschaftsförderungsmaßnahmen erschwert, und es könnte noch schwieriger werden, die Arbeitslosigkeit herabzudrücken.

Aus der besonderen Lage Westberlins ergibt es sich, daß sich nicht nur die westliche Wirtschaftsdynamik, sondern auch die sozialen Spannungen nur in abgemilderter und veränderter Form in Westberlin auswirken können. Hat der Wandel vom Käufer- und Verkäufermarkt in Westdeutschland sehr schnell dazu geführt, daß höhere Lohnforderungen und Gewerkschaftskämpfe in den Vordergrund getreten sind, so ist davon in Westberlin sehr wenig zu spüren. Schon bisher waren hier trotz der hohen Arbeitslosigkeit die sozialen Abstufungen geringer als im Westen, denn die westberliner Wirtschaft hatte an den sich nach der Währungsreform ergebenden, oft recht hohen Gewinnchancen in Westdeutschland nur sehr bescheidenen Anteil. Auch hat sich in den Nachkriegsjahren in Westberlin sehr deutlich etwas herausgebildet, was man am besten als Gemeinschaft der Notleidenden und Gefährdeten kennzeichnen kann: eine Art politischer und ökonomischer Interessensolidarität, die Gedanken an soziale Kämpfe in den Hintergrund treten läßt. In einem solchen Notstandsgebiet wie in Westberlin fallen viele Anlässe weg, durch die der breiten Masse der Lohnarbeiter die sozialen Differenzen augenfällig demonstriert werden. Die wirtschaftliche Not des Tages und vor allem die politischen Alltagsorgen lassen wenig Raum für Reflexionen darüber, ob bei „sozialer Marktwirtschaft“ der Ton auf „Marktwirtschaft“ oder auf „sozial“ liegt. Schließlich dämpft der Vergleich mit dem Lebensstandard des Ostzonenarbeiters die soziale Unzufriedenheit. (H. S.)

Sieht Berlin klarer?

Es mag dahingestellt bleiben, ob die besondere Situation Berlins die Möglichkeit schafft, die allgemeine Lage klarer zu sehen als anderswo. Aber eins steht fest: der Berliner läßt sich nicht aus der Ruhe bringen. Die östliche Wirtschaftspolitik mußte in Berlin ein Fehlschlag bleiben. Der Berliner hat deutlich gezeigt, daß er eine nach sowjetischen Grundsätzen gelenkte Wirtschaft ablehnt. Aber diese Einstellung hat ihn auch nicht für die westliche Wirtschaftspropaganda empfänglicher gemacht. Nun hat der Berliner allerdings auch nicht die geringste Ursache, den künstlich aufgeputzten Optimismus, der neuerdings im Westen gezüchtet wird, zu teilen, denn die Wirtschaftslage Westberlins ist nach wie vor katastrophal.

Auch wir in Westberlin hatten unter Warenverknappung zu leiden, aber nur deshalb, weil wegen der Angstkäufe im Westen die Einfuhr nach Westberlin unregelmäßiger wurde. Während in Westdeutschland eine geradezu panische Angst vor einem neuen Konflikt zu herrschen scheint, wird in Berlin kaum von einer europäischen Gefahr geredet. Der Berliner ist der letzte, der den Fall Korea unterschätzt, doch er kann es sich ganz einfach nicht leisten, sich in eine neue Kriegspsychose treiben zu lassen. Für ihn geht es noch immer um die nackte Existenz. Westdeutschland lebt von der Hand in den Mund, Westberlin muß auf Kredit leben; deshalb fällt es dem Berliner leichter, die Nerven zu behalten.

Er hat nicht so viel zu verlieren. Er hat im Gegensatz zu Westdeutschland noch keine Sicherheit seit Kriegsende kennen gelernt. Und wenn die Berliner Hausfrau keine Angstkäufe macht, ist es nicht zuletzt deshalb, weil sie genau weiß, daß im Ernstfall ein paar Pfund Zucker oder Fett niemanden retten könnten. (P...)

Der Vorhang darf nicht fallen!

Die gegenwärtige Konjunkturbelebung, deren Intensität und Dauer wir noch nicht abschätzen können, darf uns nicht dazu verführen, in ihr die Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme zu sehen. Mag sie im Augenblick auch unsere kritische Arbeitsmarktlage entlastet haben, so fördert sie doch andererseits durch die Hypertrophie gewisser Wirtschaftszweige eine ungesunde Wirtschaftsentwicklung, die bereits in der Preis-Lohn-Bewegung und in der damit verbundenen Zunahme der sozialen Spannungen ihren Niederschlag findet. Nur allzu sehr besteht die Gefahr, daß wir uns in Richtung einer Zubringerwirtschaft für die überbeanspruchte westliche Schwerindustrie entwickeln, was keinesfalls unseren wirtschaftlichen Grundlagen entspricht und unsere wirtschaftliche Lebensfähigkeit nicht fördert. Ein wirtschaftlich lebensfähiges Deutschland kann nur aus der Vereinigung der beiden Zonenstaaten erwartet werden. Und deshalb darf der Vorhang nicht fallen.

Die Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands, die das ernsthafte Verlangen aller Deutschen ist, muß aus der Integrierung des wirtschaftlichen Verkehrs erwachsen. Das Mißtrauen, das wir den vom offiziösen Ostdeutschland ausgehenden Vereinigungsparolen entgegenbringen, darf uns nicht hindern, offen auszusprechen, daß die Vereinigung der beiden Zonenstaaten das Ziel jeder politischen und wirtschaftspolitischen Betätigung sein müßte. Es wäre völlig falsch, wenn wir uns dieses Verlangen nach Wiedervereinigung als parteipolitische Parole diffamieren ließen. Wir sollten stets daran denken, daß in der Ostzone Millionen von Menschen leben, denen dieses Verlangen — ohne ideologische Hintergedanken — ebenso ernst ist wie uns selbst. Nicht durch Verschweigen, sondern durch nachhaltiges Anmelden der Forderung, die uns allen so sehr am Herzen liegt, kann man der Parole am leichtesten den parteipolitischen Stachel nehmen. Das gilt auch für ähnliche Parolen: Auch in Westdeutschland gibt es keinen, der einen Krieg, geschweige denn einen Atomkrieg, wünscht.

Wir beklagen uns gern über den Mangel an wirtschaftlicher und politischer Souveränität, und gerade die Gespräche über eine europäische Verteidigung haben uns deutlich gezeigt, wie weit wir noch davon entfernt sind. Aber ist es nicht gerade dieser Mangel an wirtschaftlicher und politischer Souveränität, der es uns hüben wie drüben ermöglicht, Entscheidungen aus dem Wege zu gehen, die dazu beitragen könnten, daß der Vorhang endgültig fällt? Nur ein wirtschaftlich lebensfähiges Gebiet kann Souveränitätsrechte geltend machen und sie durchsetzen. Und deshalb kann die Erlangung voller Souveränitätsrechte erst nach der Vereinigung der Zonengebiete für uns von wirklicher Bedeutung sein. Es ist dann eine weitere Frage, souverän auf die Geltendmachung solcher Rechte im Interesse einer größeren Wirtschaftseinheit zu verzichten. Es ist mir nur nicht ganz klar, ob die wirklich souveränen Mächte Europas einem solchen Aufgeben gegenwärtig noch viel Sympathie entgegenbringen. (sk)

Gibt es eine deutsche Spielart der Public Relations?

WIRTSCHAFTSDIENST

DIE REDAKTION

HAMBURG 36, den 16. August 1950

Sehr geehrter Herr Liebes!

Die zunehmende Vorliebe für die Anwendung amerikanischer Wortbildungen in unserem Wirtschafts- und Sozialleben erweckt in mir den Verdacht, daß man glaubt, mit der Kopierung amerikanischer Methoden auch die uns als so vorbildlich geschilderten sozialen Verhältnisse in den USA. erreichen zu können. Dabei kommt es nur allzu häufig vor, daß

man weder die sozialen Verhältnisse in den USA. genau kennt, noch sich die Mühe macht, die Voraussetzungen und Gründe für die Unterschiedlichkeit der sozialen Gestaltung zu prüfen. Meistens deckt dazu noch die amerikanische Wortbildung ein nebelhaftes Etwas, das weder die Anwender noch die Leser treffend zu definieren vermögen. Ich bin deshalb mit